

Jens-Christian Wagner

„Geschichte begreifen, für die Zukunft handeln: Was haben die NS-Verbrechen mit unserem heutigen Leben zu tun?“

Rede zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus in Hannover,

27. Januar 2021

Ein sonderbares Datum, dieser 27. Januar. Bundespräsident Roman Herzog war es, der ihn 1996 zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärte – und damit historisch an den Tag erinnerte, an dem 1945 Auschwitz durch die Rote Armee befreit worden war. Der Name des KZs steht seit Jahrzehnten nicht nur für den Mord an den europäischen Juden, sondern für die NS-Verbrechen insgesamt. Weit über eine Million Menschen aus Deutschland und allen aus den von der Wehrmacht besetzten Ländern Europas starben in Auschwitz in den Gaskammern, durch Zwangsarbeit oder wurden auf andere Weise umgebracht: Juden, Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene und viele andere Häftlinge.

Mit dem Einzug der Roten Armee am 27. Januar 1945 endete das Morden in Auschwitz. Aber wen konnten die sowjetischen Soldaten eigentlich noch befreien? Viele waren es nicht: Nur noch einige Tausend eher tote als lebendige Menschen fanden sie in dem Lager vor. Über 120.000 Häftlinge hatte die SS nämlich zuvor auf Transporte und Todesmärsche in Richtung Westen geschickt. Für sie war der 27. Januar kein Tag der Befreiung; sie blieben in der Hand ihrer Peiniger. Das Quälen und Morden fand jetzt jedoch nicht mehr im vermeintlich fernen Osten statt, sondern mitten im Herzen jenes Landes, von dem Terror und Verbrechen 1933 ihren Ausgang genommen hatten. Die Tat kehrte dorthin zurück, woher sie gekommen war: in das Zentrum der deutschen Gesellschaft.

Die Räumung des KZ Auschwitz vollzog sich in zwei Etappen und begann bereits im Herbst 1944. Über 60.000 Häftlinge wurden bis Ende 1944 als Zwangsarbeiter_innen für die Rüstungsindustrie ins Reich deportiert, u.a. in zahlreiche KZ-Außenlager in Niedersachsen und auch in das KZ Bergen-Belsen. Unter ihnen waren die Schwestern Margot und Anne Frank, die beide im Februar oder März 1945 elendig in Bergen-Belsen starben.

Zwischen dem 17. und dem 21. Januar 1945, die Rote Armee war nur noch wenige Kilometer entfernt, folgte die zweite Welle der Räumung des KZ Auschwitz. 58.000 Häftlinge trieb die

SS in aller Hast zu Fuß über die Straßen, bei Eis und Schnee, ohne Proviant und meist ohne Pausen. Wer nicht mithalten konnte, wurde von den Wachen erschossen. An den Morden beteiligten sich immer wieder auch Wehrmachtssoldaten und Teile der ortsansässigen deutschen Bevölkerung. Wahrscheinlich starb jeder vierte Häftling, der von der SS zum Abmarsch gezwungen worden war.

Viele Überlebende gelangten in die Heide oder in den Harz: in die KZs Bergen-Belsen und Mittelbau-Dora – Tage oder sogar Wochen *nach* dem 27. Januar. Nach den endlosen Märschen, nach Tagen in eiskalten Waggons ohne jede Verpflegung waren sie in einem erbärmlichen Zustand. Als bei der Ankunft der ersten Züge Ende Januar auf den Bahnhofsrampen in Nordhausen und Bergen die Türen geöffnet wurden, befanden sich in manchen Waggons nur noch steif gefrorene tote und sterbende Menschen.

Zunächst in Mittelbau-Dora, bald dann auch in Bergen-Belsen reichten die Kapazitäten der Krematorien bei weitem nicht aus, um sämtliche Tote zu verbrennen. Die SS ließ daher Scheiterhaufen aus Bahnschwellen und Dachpappe errichten, auf denen in mehreren Schichten Dutzende von Leichen verbrannt wurden.

Tagelang sollen die Feuer gelodert haben, berichteten später Anwohner aus Nordhausen. In der klaren Winterluft war der Rauch weithin zu sehen. "War Auschwitz die heiße Hölle gewesen, so war Dora die kalte Hölle", schrieb der langjährige Vorsitzende des internationalen Auschwitz-Komitees Hans Frankenthal kurz vor seinem Tod im Jahr 1999. Er gehört, wie übrigens auch der Schriftsteller Jean Améry und der spätere Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland Heinz Galinski zu denen, die beide Höllen überlebt haben.

Als sich die Amerikaner und Briten Anfang April 1945 von Westen und Südwesten her Nordwestdeutschland näherten, gab die SS auch hier den Befehl zur Räumung der zahlreichen Konzentrationslager, die 1943/44 in der Nähe von Rüstungsbetrieben oder auf Baustellen eingerichtet worden waren. Es wiederholte sich nun, was die Häftlinge aus Auschwitz bereits im Januar 1945 hatten erleiden müssen. Überall trieben die Wachmannschaften in aller Eile und mit großer Brutalität die Lagerinsassen in herbeigeschaffte Güter- und Viehwaggons oder trieben die Häftlinge zu Fuß davon – immer möglichst schnell weg von der Front und damit fort von den nahenden Befreiern.

Viele Todesmärsche und Räumungstransporte endeten im KZ Bergen-Belsen, andere in Sandbostel, Wöbbelin oder auch nach Gardelegen. Dort begingen Angehörige von SS, Wehrmacht, Volkssturm, Polizei, Feuerwehr, Technischer Nothilfe und Hilterjugend, also eigentlich ein Querschnitt der einheimischen männlichen Bevölkerung, am 13. April 1945, in der Nacht vor dem Einmarsch der Amerikaner ein Massaker an über 1000 KZ-Häftlingen aus Hannover und dem Mittelbau-Dora, die sie in eine Scheune sperrten und diese anzündeten. Wer versuchte, aus der brennenden Scheune zu fliehen, wurde mit Maschinengewehrschüssen niedergeschossen. Die meisten schafften es aber gar nicht heraus aus der Scheune und verbrannten bei lebendigem Leib – Anlaß für das amerikanische TIME-Magazine, das Massaker von Gardelegen Anfang Mai 1945 in einer Bildreportage als „Holocaust of Gardelegen“ zu benennen – nach meinem Wissen die historisch erste Verwendung dieses Begriffs (Brandopfer) als Bezeichnung für NS-Verbrechen.

Gardelegen war sicherlich ein besonders abscheuliches Massaker, es war aber bei weitem nicht das einzige in den letzten Kriegswochen. Im Gegenteil: Insgesamt starben nach der Befreiung von Auschwitz in den wenigen Wochen bis Mai 1945 noch fast eine Viertel Million KZ-Häftlinge. Das sind mehr, als in den zehn Jahren zwischen 1933 und 1943 in den Konzentrationslagern gestorben waren. Wieso begehen wir also den 27. Januar als Tag der Befreiung, wo doch für die meisten Häftlinge das Leiden weiterging? Ein sonderbares Datum, dieser 27. Januar.

Sicherlich: Der Ort Auschwitz, das Konzentrationslager – es wurde am 27. Januar 1945 befreit. Auschwitz war das Lager mit der höchsten Opferzahl; mehr als 1 Million Juden sowie Sinti und Roma wurden hier in Gaskammern ermordet. Spätestens der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 machte Auschwitz zur Metapher, zum Symbolort für die NS-Verbrechen *insgesamt* – verständlich und durchaus zu Recht. Doch zugleich transportiert der Begriff Auschwitz eine eigentümliche Atmosphäre der Distanz, und das in doppelter Hinsicht: *Zum einen* schwingt hier stets das Bild der „Todesfabrik“ mit, in der gewissermaßen automatisch, täterlos gemordet wurde. Tatsächlich aber starb der größte Teil aller NS-Opfer, auch der jüdischen Opfer, nicht in den Gaskammern von Auschwitz oder Treblinka, sondern an Gräben und Grubenrändern, in Hinrichtungsbaracken und auf freiem Feld – gehängt, erschlagen, erschossen von Tätern, die ihnen von Angesicht zu Angesicht gegenüberstanden.

Zum zweiten, und dafür stehen Orte wie Ahlem, Limmer, Stöcken, Mühlenberg, Misburg, Salzgitter-Drütte, Braunschweig-Schillstraße, Wolfsburg-Laagberg, Sandbostel oder auch

Bergen-Belsen exemplarisch, fand das große Morden nicht nur im Osten, an der Peripherie des NS-Reiches statt, sondern auch in seinem Zentrum, mitten in Deutschland, vor aller Augen – und das nicht erst nach der Räumung der Lager im Osten, sondern schon lange davor. Seit 1942 waren unter der Regie von Rüstungschef Albert Speer immer mehr KZ-Außenlager in der Nähe von Industriebetrieben eingerichtet worden. Im letzten Kriegsjahr war Deutschland von einem dichten Netz solcher Lager überzogen, deren Insassen Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie leisten mussten.

Zur topografischen Entgrenzung des KZ-Systems kam die gesellschaftliche: Immer mehr Menschen verschwanden während des Krieges unter ständig neuen Vorwänden in den Lagern, und auch das Rekrutierungsfeld der Täter wurde sukzessive ausgeweitet. Etwa zwei Drittel der Wachmannschaften in den KZ-Außenlagern in Niedersachsen stammten nicht aus den Reihen der SS, sondern waren Luftwaffen-, Heeres- oder Marinesoldaten. Auch Polizeieinheiten und Zivilangestellte von Rüstungsfirmen wurden zur Bewachung herangezogen. Am Ende hatte das KZ-System fast jeden erreicht: entweder als Opfer, als Täter und Mittäter oder als Zuschauer.

Nach dem Krieg wollte die deutsche Gesellschaft davon nichts wissen. Man lokalisierte die Verbrechen – sofern man überhaupt darüber sprach – im diffusen „Osten“, und der Täterkreis wurde auf die SS eingegrenzt.

Mehr als 75 Jahre nach Kriegsende allerdings ist es an der Zeit, der Forschung Rechnung zu tragen. Und dazu gehört auch die Einsicht, dass am 27. Januar 1945 der Ort Auschwitz zwar befreit wurde, für die meisten Häftlinge das System Auschwitz jedoch weiterging – Hunderte Kilometer westlich, mitten in Deutschland. Und es gehört eine zweite Einsicht hinzu, nämlich dass die eingeeengte Sicht auf Auschwitz und damit auf das Symbol für das monströseste Verbrechen überhaupt, den Mord an den europäischen Juden, den Blick auf die Gesamtheit und Bandbreite der NS-Verbrechen sowie die Bandbreite der Opfergruppen verstellt.

Erst die Gesamtsicht offenbart aber den spezifischen Charakter der NS-Verbrechen: Sie kamen aus der Mitte der Gesellschaft, einer radikal rassistisch organisierten Gesellschaft, die von den Nationalsozialisten als „Volksgemeinschaft“ propagiert wurde – eine Gemeinschaft, die sich vor allem darüber definierte, wer nicht dazu gehörte, und der das Regime Verheißungen der Ungleichheit machte, die die „Volksgenossen“ bereitwillig aufsogen: Man fühlte

sich selbst aufgewertet, wenn andere ausgegrenzt und verfolgt wurden – von den materiellen Vorteilen etwa durch „Arisierungen“ einmal ganz abgesehen.

Diese Erkenntnis lenkt unseren Blick auf die Frühphase der NS-Herrschaft, die wir angesichts der erschütternden Bilder aus Auschwitz und Bergen-Belsen zu verdrängen neigen: Auschwitz, Buchenwald, Neuengamme und Bergen-Belsen waren keine Naturkatastrophe, sondern sie waren menschen- und ideologiemacht. Dem Massenmord ging – in Nordwestdeutschland u.a. in den Emslandlagern und in Moringen – eine Einübungs- und Eingewöhnungsphase einer sich ständig radikalierenden Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik voraus, die alle Menschen als „unwert“ oder als Gefahr für die öffentliche Sicherheit erklärte, die nicht in die propagierte „Volksgemeinschaft“ zu passen schienen: Politische Gegner (denen aber immerhin zugestanden wurde, „besserungsfähig“ zu sein), als asozial oder kriminell Stigmatisierte, Homosexuelle, Sinti und Roma, Juden, Menschen mit Beeinträchtigungen oder Krankheiten – zusammengefasst: „Gemeinschaftsfremde“, wie die Nazis sie nannten.

„Gemeinschaftsfremde“, „unwertes Leben“, „Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ – was sind das eigentlich für Begriffe, und welches Gesellschafts- und Menschenbild transportieren sie? Und ist das alles so weit von unserem heutigen Leben entfernt? Solche Fragen und die Erkenntnis, dass die Verbrechen eben nicht nur im fernen „Osten“ oder hinter Wäldern und Bergen versteckt begangen wurden, sondern im wahrsten Sinne des Wortes vor der eigenen Haustür, all das verstört, und es verlangt nach Antworten.

Diese Antworten werden wir allerdings nur erhalten, wenn wir an unserer etwas eingestaubten Erinnerungskultur etwas ändern, an den Formen, die häufig in Ritualen und pathoshaften Beschwörungsformeln erstarren, aber auch an Begrifflichkeiten und vor allem an den Inhalten.

Das Unbehagen an der aktuellen Erinnerungskultur fängt schon mit dem Begriff des Erinnerns an. Erinnern können wir uns in des Wortes eigentlicher Bedeutung doch nur an etwas, was wir selbst erlebt haben. An was sollen sich aber 16jährige Schüler_innen erinnern, wenn sie eine NS-Gedenkstätte besuchen? Auf sie wirkt der Appell, sich an etwas „erinnern“ zu sollen, was aus Altersgründen selbst ihre Großeltern nicht mehr selbst erlebt haben, als eine Überforderung, die zusätzlich auch noch moralisch aufgeladen ist.

Zugleich schwingt beim Begriff des „Erinnerns“ etwas Affirmatives mit, als gäbe es nur die *eine* Geschichte und die *eine* Lehre, die wir daraus ziehen. Geschichte geht aber nicht in Erinnerung auf. Geschichte ist komplexer als Erinnerung. Wer dieser Komplexität gerecht werden will, wer wissenschaftlich differenziert auf Geschichte blickt, der erinnert nicht, sondern er setzt sich kritisch mit der Geschichte auseinander – nach allen Regeln der Quellenkritik.

Im öffentlichen und politischen Diskurs meint „Erinnern“ aber leider viel zu selten „Ausinandersetzen“, sondern allzu häufig bloßes Trauern, ohne nach den Hintergründen zu fragen. Geschichtsbewusstsein wird ersetzt durch historisch entkernte Pietät – ein Gedenk-konzept, das niemandem wehtut und keine Fragen stellt sowie erstarrt ist in Entlastungs-ritualen.

Was sollte man also ändern?

Eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Erinnerungskultur muss die Perspektive erweitern. Dazu gehört, dass wir uns vom Opferzentrismus lösen. Sicherlich: Im Mittelpunkt des *Gedenkens* stehen ohne Zweifel die Opfer. Doch zeitgemäße Gedenkstättenarbeit muss sehr viel stärker auch nach den Tätern, Mittätern und Profiteuren fragen, vor allem aber nach der Funktionsweise der von den Nazis propagierten „Volksgemeinschaft“ und dem Wechselverhältnis zwischen der Ausgrenzung der „Gemeinschaftsfremden“ und Integrationsangeboten an die „Volksgenossen“.

Doch statt eines kritischen Blicks auf die NS-Gesellschaft erleben wir überwiegend eine Fokussierung auf die Opfer, nicht selten sogar eine Identifikation – meines Erachtens eine Anmaßung. Aber es ist eben einfacher, mit und um Opfer zu trauern und sich damit gewissermaßen selbst moralisch zu überhöhen, als Fragen nach den Hintergründen der Verbrechen zu stellen.

Und noch aus einem weiteren Grund halte ich den Opferdiskurs für falsch, macht er doch aus Menschen Objekte und verstellt den Blick auf Verfolgte als Akteure. Genau darin läge aber ein didaktisches Potential.

Wie weit die Fixierung auf die vermeintlich willenlosen Opfer geht, zeigt die öffentliche Wahrnehmung des Themas „Widerstand“, die zunehmend gegen Null tendiert. Wer redet

heute noch von Heinrich Jasper, der in den 1920er Jahren als Ministerpräsident des Freistaates Braunschweig einer der prominentesten NS-Gegner in Deutschland war und im März 1945 als politischer Häftling mit dem roten Winkel elendig in Bergen-Belsen zugrunde ging? Wer denkt an den verzweifelten Aufstand im Warschauer Ghetto, der im Frühjahr 1943 erst nach 4 Wochen von der SS niedergeschlagen werden konnte? Wer thematisiert die Aufstände der jüdischen Häftlinge in den Vernichtungslagern Treblinka und Sobibor?

Es scheint fast so, als wären uns die vermeintlich willenslosen Opfer lieber als diejenigen, die Eigensinn zeigten, die Widerstand leisteten, die vielleicht auch sperrig sind, weil sie nicht in eine Schublade passen.

Insgesamt jedenfalls lässt sich feststellen, dass mit dem historisch entleerten „Erinnern“, mit dem unterschiedslosen Beweinen der Opfer des 20. Jahrhunderts (ohne z.B., Stichwort Flucht, Vertreibung und deutsche Teilung, nach Ursache und Wirkung zu fragen) in den vergangenen gut 20 Jahren eine Art Wohlfühl-Erinnerungskultur entstanden ist: Mit einem Schauern blicken wir auf die Vergangenheit, trauern und identifizieren uns mit den Opfern und freuen uns, dass heute alles vorbei ist: Das meine ich, wenn ich von Entlastungsritualen spreche.

Auch deshalb konnte in den vergangenen Jahren eine Situation entstehen, die auf den ersten Blick paradox erscheint: Trotz des umfangreichen Ausbaus der Gedenkstättenarbeit in den vergangenen 20 Jahren feiern Rechtsextreme und Rechtspopulisten einen Wahlerfolg nach dem anderen. Haben die Gedenkstätten, hat unsere Erinnerungskultur also vollständig versagt?

Ja und zugleich nein, denke ich.

Nein, die Gedenkstätten haben nicht versagt, weil sie für die derzeitige Situation selbstverständlich nicht allein verantwortlich gemacht werden können. *Erstens* sind Gedenkstätten nur ein Teil unserer Erinnerungskultur, deren Defizite ich bemängele. Die Wohlfühl-Erinnerungskultur samt ihren Entlastungsritualen ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. *Zweitens* sollten wir die unmittelbare Wirkung der Gedenkstättenarbeit nicht überschätzen: Gedenkstätten sind keine demokratischen Läuterungsanstalten. Niemand wird durch einen Gedenkstättenbesuch zum besseren Menschen. Und *drittens* machen die Angriffe von rechts auf die Gedenkstätten (denken Sie an die Forderung von Björn Höcke nach einer

„erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“) deutlich, dass die Erinnerungskultur so *ganz* falsch nicht sein kann: Dass die Gegner einer aufgeklärten und offenen Haltung gegenüber der Migration und gegenüber Europa sich auch gegen die Erinnerungskultur und damit auch gegen die Gedenkstätten wenden, ist nämlich nur folgerichtig: Eben wegen des Bezugs auf die nationalsozialistischen Verbrechen ist Deutschland heute (noch) eines der am meisten weltoffenen, proeuropäischen und liberalen Länder Europas. Wer daran etwas ändern möchte, und das wollen die Rechten und Rechtsextremen, der muss die Axt anlegen an die Erinnerungskultur und an die Gedenkstätten.

Auf der anderen Seite könnte man sagen: Ja, die Gedenkstätten haben versagt, weil sie zumindest teilweise Inhalte und Methoden vertreten haben und nach wie vor vertreten, die keinerlei oder nur sehr geringe Auswirkungen auf gesellschaftliche Diskurse haben. Einmischung in aktuelle politische Debatten sei nicht ihre Aufgabe, hörte man noch vor nicht langer Zeit aus manchen Gedenkstätten. Ich bin dagegen überzeugt, dass wir auch in aktuellen Debatten nicht nur Position beziehen dürfen, sondern müssen – insbesondere gegen jeden Versuch, die NS-Verbrechen zu relativieren oder gar zu leugnen, aber auch gegen aktuelle Hetze gegen Minderheiten.

Allerdings sollten wir uns vor falschen historischen Analogien hüten, und wir sollten uns davor hüten, was zunehmend en vogue ist, nämlich den Gedenkstätten eine sehr allgemeine Form der Menschenrechtserziehung aufzustülpen und damit sinnloses Leiden und heillose Geschichte in eine religiöse, politische oder metaphysische Sinnstiftung einzulesen, nach der wir aus der dunklen Vergangenheit in die leuchtende Zukunft gehen, wenn wir nur die richtigen „Lehren“ aus der Vergangenheit beherzigen. Die von den Nationalsozialisten Verfolgten hatten jedoch ganz eigene, individuelle soziale und politische Vorstellungen, und keiner von ihnen ist gestorben, um das Grundgesetz der Bundesrepublik zu schützen.

Letztlich ist es damit im schlimmsten Fall eine Instrumentalisierung der Opfer und Kennzeichen eines eben nicht reflexiven, sondern affirmativen Geschichtsverständnisses, wenn wir unsere heutigen Vorstellungen von Menschenrechten und politischer Moral, so gut gemeint und fundiert diese auch seien, als Lehre aus den Verbrechen der Nationalsozialisten verkaufen.

Wir sollten uns also hüten, in den Gedenkstätten und in Veranstaltungen wie der heutigen Heilslehren zu verkünden. Wenn wir das Pferd hingegen *andersherum* aufzäumen und uns

aus der konkreten Geschichte der jeweiligen Orte heraus mit der Frage beschäftigen, wie die NS-Gesellschaft funktionierte und welche Motivation Täter und Mittäter antrieb, und das alles wissenschaftlich fundiert und quellengestützt, dann werden die Gedenkstättenbesucher sich selbst ein Urteil bilden. Und das ist um ein vielfaches nachhaltiger und demokratischer, als wenn wir Ihnen unsere Lehre aufzwingen.

Damit komme ich zum Kern dessen, was ich mir unter einer zukunftsgerichteten Erinnerungskultur vorstelle: Nicht Affirmation oder Appellation, sondern Reflexion sollte im Mittelpunkt des heutigen Umgangs mit der NS-Geschichte stehen. Anders formuliert: Nicht *Bekennnis*, sondern *Erkenntnis* ist das Ziel. Zum Nachdenken und ethisch fundierten Handeln anzuregen, das sollte auch im Mittelpunkt von Gedenktagen wie dem 27. Januar stehen. Es geht um selbstbestimmte Reflexion der Vergangenheit und darum, historisches Urteilsvermögen zu stärken.

Für die Arbeit in den Schulen und Gedenkstätten bedeutet das, dass nicht einfache Antworten gegeben werden und auch keine simple Heilsgeschichte präsentiert wird, nach dem Motto: Aus dem Bösen wird das Gute, und heute sind wir am glücklichen Ende der Geschichte angekommen. Nein, es geht darum, Fragen aufzuwerfen: Wer hat etwas getan, warum hat er es getan, welche Folgen hatte das für die Opfer, wer waren die Opfer, in welchem Kontext geschahen die Verbrechen?

Gerade, wenn man sich vor Augen hält, dass die Verbrechen inmitten der Gesellschaft, in aller Öffentlichkeit begangen wurden, dann ruft das weitere Fragen hervor: Was hatten Hamburg mit Neuengamme, Celle mit Bergen-Belsen, Bremen mit dem Bunker Valentin zu tun? Warum machten die meisten Deutschen bis zum Ende des Krieges mit, profitierten selbstmobilisierend von „Arisierungen“ und Zwangsarbeit? Warum stießen die Lager in ihrem gesellschaftlichen Umfeld auf breite Akzeptanz, wurde die Gesellschaft zum Teil des Lagerzauns? Was motivierte Industrielle und Kleinunternehmer, auf Zwangsarbeit zu setzen? Was bewog Anwohner der Lager und Ghettos, deren Insassen feindselig zu begegnen oder bestenfalls wegzusehen, statt zu versuchen, ihnen zu helfen? Und schließlich die zentrale Frage: Wie konnte es dazu kommen?

Die Antwort auf diese Fragen kann exemplarisch in den sich über ganz Nordwestdeutschland erstreckenden Gedenkstätten gegeben werden. Sie liegt in einem Bündel habitueller, struktureller und ideologischer Faktoren, die ich zumindest stichwortartig nennen möchte:

- Gewöhnung an Gewalt und Ausgrenzung
- Das emotionale Angebot, dazu zu gehören
- Verheißungen der Ungleichheit
- Gruppendruck
- Ideologische Indoktrination
- Rassistische und antisemitische Überzeugungen
- Sicherheits- und Kriminalisierungsdiskurse gegenüber den Ausgegrenzten
- Angst vor allem „Fremden“
- und schließlich die Obrigkeitshörigkeit oder allgemeiner: autoritäres Denken.

Hier zeigt sich ein erschreckender Gegenwartsbezug: Viele der genannten Faktoren sind nicht spezifisch nationalsozialistisch geprägt, sondern entfalten mehr oder weniger stark auch heute noch bei vielen Menschen ihre Wirkung – und das jenseits falscher Analogiebildungen. Das zeigt schon ein schneller Blick auf die gegenwärtige politische Landkarte: Die Gegner der liberalen, offenen Demokratie schaffen es überall auf der Welt mit denselben Mitteln, Wählerstimmen zu sammeln: Angstmacherei, vor allem gegenüber den „Fremden“, Schüren des Nationalismus, Diffamierung und Ausgrenzung politischer Gegner als „Volksfeinde“ (die Nazis nannten sie „Gemeinschaftsfremde“ oder „Volksschädlinge“).

Und leider spielt dabei auch der Antisemitismus eine tragende Rolle. Dass sich das Gift des Antisemitismus wieder verbreitet, ist nicht nur den alten und neuen Rechten innerhalb und außerhalb der Parlamente zuzuschreiben. Angefeuert durch die Coronapandemie erleben derzeit unter den sogenannten Corona-Kritikern Verschwörungslegenden starken Zuspruch – Legenden, deren Kern fast immer antisemitisch ist, selbst wenn „der Jude“ explizit gar nicht erwähnt wird. Was ist die von Q-Anon-Gläubigen verbreitete Geschichte von den Vertretern des „Deep States“, die Kinder quälen, töten und deren Blut trinken, anderes als die uralte antisemitische Legende vom jüdischen Ritualmord? Und wer ist mit den liberalen „Globalisten“ gemeint, gegen die auf rechten Portalen wie PI News, Ken-FM, achse des guten, RT Deutsch, Rubikon, Tichys Einblick, compact und wie sie alle heißen, gehetzt wird? „Globalisten“ – das ist tatsächlich nur eine andere Bezeichnung für „die Juden“. Es ist ein antisemitisches Signalwort, das auch in der AfD vielfach verbreitet wird.

Ein anderes Schlagwort der neuen Rechten, insbesondere auch in der AfD, ist der „solidarische Patriotismus“. Solidarischer Patriotismus: Das klingt modern, ist aber das alte nationalsozialistische Konzept der „Volksgemeinschaft“. Es ist die Rhetorik der Gleichheit

und der Verheißungen für die ethnisch definierten „Deutschen“ bei gleichzeitigem Ausschluss aller „Fremden“ und „Leistungsschwachen“. Zugleich wird mit pseudoantikapitalistischem Vokabular das alte antisemitische Schlagwort vom schaffenden und vom raffenden Kapital wieder aufgewärmt.

Das ist alles vergifteter alter Wein in neuen oder manchmal auch nur notdürftig geflickten alten Schläuchen. Dagegen hilft geschichtsbewusste Wachsamkeit und eine klare Haltung gegen jeden Antisemitismus.

Und hier kommen auch die Gedenkstätten ins Spiel. Gegenüber solchen Positionen sind sie gefordert, Haltung zu beziehen und damit auch in aktuelle politische Debatten einzugreifen, indem sie Parallelen, aber auch Unterschiede differenziert und wissenschaftlich fundiert herausarbeiten.

Ziel muss es sein, selbstkritisch unsere eigene politische, ethische und soziale Haltung im heutigen Leben zu hinterfragen. Damit ist der immer wieder geforderte Aktualitätsbezug hergestellt, ohne durch eine sehr allgemeine und affirmative Form der Menschenrechts- und Demokratieerzählung die NS-Verbrechen bzw. ihre Opfer schlimmstenfalls zu instrumentalisieren. Und schließlich ist damit auch die Frage beantwortet, die sich viele Menschen in Deutschland, vor allem die jüngeren, immer wieder stellen: Was geht uns heute, nach fast 75 Jahren, eigentlich noch die Geschichte der NS-Verbrechen und ihrer Opfer an?

Eine solche aktive, kritische, gegenwartsbezogene und handlungsorientierte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ist mühsamer als das unterschiedslose Beweinen der Toten des 20. Jahrhunderts oder der Konsum hohler Pathosformeln. Nachdenken und forschendes Lernen sind anstrengend. Aber sie lohnen sich – auch am 27. Januar, vor allem aber an den übrigen 364 Tagen im Jahr, und nicht nur in den Gedenkstätten, sondern in der gesamten Gesellschaft, in Schulen und Universitäten, am Arbeitsplatz, in Kirchen und Synagogen, in Vereinen, in den Parteien, im Freundes- und Familienkreis. Es liegt in unser aller Hand, ob wir in einer humanen, friedlichen Gesellschaft ohne Rassismus und Antisemitismus leben oder nicht.